

Gewerbegebiete / Gewerbegebietsentwicklungen

Battis / Mitschang

2025

ISBN 978-3-406-81986-5

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

RECHT DER STÄDTE UND GEMEINDEN

Battis/Mitschang

Handbuch Gewerbegebiete/Gewerbegebietsentwicklungen



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Gewerbegebiete Gewerbegebiets- entwicklungen

HANDBUCH

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Battis

Univ.-Professor (em.) an der Humboldt-Universität zu Berlin
Rechtsanwalt
Berlin

Prof. Dr.-Ing. Stephan Mitschang

Univ.-Professor a. D. an der Technischen Universität Berlin
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie
für Städtebau und Landesplanung (DASL)
Berlin

2025



Zitiervorschlag:
Battis/Mitschang Gewerbegebiete/Bearbeiter § ... Rn. ...



ISBN 978 3 406 81986 5

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Der wirtschaftliche Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft erfordert eine dauerhafte und nachhaltige Planung und Entwicklung von Gewerbegebieten. Dies umfasst sowohl die erstmalige Schaffung von gewerblichen Bauflächen als auch ihre qualitative Anpassung und Aufwertung angesichts sich ändernder Rahmenbedingungen.

Das vorliegende Handbuch gliedert sich in die chronologische Abfolge von der Planung bis zur Entwicklung von Gewerbegebieten. Demzufolge stehen am Anfang Ausführungen zu Überlegungen der kommunalen Bodenpolitik und Baulandstrategie, und zwar bevor erste bodennutzungsbezogene Entscheidungen im kommunalpolitischen Raum getroffen werden (§ 1). Die für eine erfolgreiche Realisierung von Gewerbegebieten zu treffenden Standortentscheidungen sind nach spezifischen Maßgaben zu treffen und leiten gegebenenfalls ein nachfolgendes Planungsverfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans für ein Gewerbegebiet ein, bei dem nicht nur in formeller, sondern auch in materieller Hinsicht spezifische planerische und planungsrechtliche Anforderungen zu berücksichtigen sind (§ 3). Dabei gilt es auch die Frage nach dem für die Baurechtschaffung heranzuziehenden Planungstyp sowie des geeigneten Planungsinstruments zu beantworten, insbesondere ob es sich um einen projektbezogenen oder einen reinen Angebotsbebauungsplan handeln soll bzw., ob von einer Vorhabenbezogenen Planung Gebrauch gemacht werden soll (§ 4). Demgegenüber besondere Rahmenbedingungen gelten für die Überplanung bereits bestehender gewerblicher Nutzungen, da für diesen Fall, auf eine planerische Grundlage schon zurückgegriffen werden kann (§ 5).

Umweltrechtliche Anforderungen spielen bei der Planung von Gewerbegebieten sowie auch bei der Genehmigung einzelner gewerblicher Vorhaben eine maßgebliche Rolle. Differenziert wird dabei aufgrund ihrer besonderen Bedeutung in die Aspekte von Klimaschutz, Klimaanpassung und Treibhausgasneutralität (§ 6) sowie in die sonstigen Umweltbelange, die bei der Schaffung von Gewerbegebieten Relevanz aufweisen können (§ 7). Hervorzuheben ist sodann der die Gewerbegebietsentwicklung einleitende Aspekt der Erschließung, durch den unterschiedliche Anforderungen einerseits an die Planung, andererseits aber auch an den Abschluss von städtebaulichen Verträgen, insbesondere Erschließungsverträgen gestellt werden (§ 8). Die mit der Erhaltung und Sicherung bestehender gewerblicher Nutzungen (§ 9) sowie mit der erstmaligen Ansiedlung von gewerblichen Betrieben (§ 10) verbundenen und vor allem genehmigungsorientierten Fragestellungen schließen die Darlegungen ab. Diesen von der Entstehung von Gewerbegebieten bis zur Gewerbegebietsentwicklung erläuterten Prozess flankieren in den maßgeblichen Facetten Aspekte des Rechtsschutzes (§ 11) sowie des Steuerrechts (§ 12).

Dem Grundanliegen eines Handbuchs entsprechend, werden den einzelnen Kapiteln neben den maßgeblichen sachgebietsbezogenen grundsätzlichen Ausführungen jeweils auch aktuelle Aspekte einschließlich der grundlegenden Rechtsprechung berücksichtigt. Zahlreiche Handlungsempfehlungen und Praxistipps, Verfahrensübersichten oder sonstige Schaubilder sowie auch Formulare und Muster dienen einer erleichterten Umsetzung in die Praxis. Wie bei allen in der neuen Reihe „Recht der Städte und Gemeinden“ des Verlags C.H.Beck erscheinenden Handbüchern, werden die einzelnen Kapitel jeweils von ausgewiesenen Expertinnen und Experten behandelt.

Mit dieser Reihe sollen neben Juristinnen, Juristen, Dipl. Verwaltungswirtinnen und Dipl. Verwaltungswirten in den Städten, Gemeinden und Kommunalunternehmen, vor allem auch die stark wachsende Zahl der in diesem Bereich beratenden Rechtsanwaltskanzleien angesprochen werden. Zudem stehen auch die in Stadtplanungs-, Architektur- und Ingenieurbüros beschäftigten Praktiker sowie kommunale Mandatsträger und die Justiz

Vorwort

im Fokus der Handbücher. Die Handbücher zeichnen sich u. a. durch ihre Praxisorientierung und bundesländerübergreifende Ausrichtung aus. Die Anzahl der in dieser Reihe erscheinenden Handbücher wird stetig und sukzessive anwachsen. Inhaltlich widmet sich die Reihe aktuellen und immer komplexer werdenden Problemstellungen, die die kommunalen Akteure und auch die in diesem Bereich beratenden Berufsträger vor immense Herausforderungen stellt.

Bei allen Autorinnen und Autoren möchten wir uns für die Erstellung der Manuskripte bedanken. In diesen Dank einschließen möchten wir auch Herrn RA Till Börner vom Verlag C.H. Beck, der mit einem engagierten Lektorat, und durch seine unterstützende Betreuung zum Gelingen dieses Handbuchs ebenfalls maßgeblich beigetragen hat.

Berlin/Potsdam, im April 2025

Univ.-Prof. (em.) Dr. Dr. h. c. Ulrich Battis
Univ.-Prof. a. D. Dr.-Ing. habil. Stephan Mitschang



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter

Dr. Peter Bachmann

Rechtsanwalt
München

Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Battis

Univ.-Professor (em.) an der Humboldt-Universität zu Berlin
Rechtsanwalt
Berlin

Dr. Jan Hennig

Rechtsanwalt
Berlin

Dr. Henning Jaeger

Rechtsdirektor
Dortmund

Prof. Dr. Elmar Kulke

Universitätsprofessor
Humboldt Universität zu Berlin

Prof. Dr. Stephan Mitschang

Univ.-Professor a. D. Technische Universität Berlin
Berlin
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Städtebau der DASL Berlin

Dr. Max Reicherzer

Rechtsanwalt
München

Dr. Gernot Schiller

Rechtsanwalt
Berlin

Dr. Jan Schlesinger

Wirtschaftsgeograph
Frankfurt am Main

Dr. Inga Schwertner

Rechtsanwältin
Köln

Prof. Dr. Reinhard Sparwasser

Rechtsanwalt
Freiburg

Dr. Ursula Steinkemper

Rechtsanwältin
Stuttgart

Prof. Dr. Henning Tappe

Universitätsprofessor
Trier

Hans Zilles

Regierungsrat
Bad Neuenahr-Ahrweiler


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Bearbeiterinnen und Bearbeiter	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XVII
§ 1 Bodenpolitik und Baulandstrategie	1
A. Einführung	2
I. Rechtsgrundlagen	2
II. Individuelle Rahmenbedingungen der Gemeinde	3
B. Gesamtstädtischer Rahmenplan	3
I. Bestandsanalyse	4
II. Kommunale Strategien auf Grundlage der Bestandsanalyse	10
C. Interkommunale Strategien	13
I. Möglichkeiten interkommunaler Kooperationen	13
II. Regionale Gewerbeflächenentwicklung	14
D. Konzepte zur Strategieumsetzung	15
I. Handlungsinstrumente der Gemeinden	15
II. Liegenschaftspolitik, Bodenvorrats- und Flächenmanagement	18
E. Best practice Beispiele und Fazit	28
I. Wien: Fachkonzept Produktive Stadt (2017)	28
II. Stuttgart: Entwicklungskonzeption Wirtschaftsflächen für Stuttgart (EWS) Fachkonzept (2019)	30
III. Fazit	32
§ 2 Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Gewerbegebieten ..	33
A. Einführung	34
B. Grundlagen	34
I. Heterogenität der gewerblichen Nutzungen	34
II. Heterogenität der Ausgangslagen	36
C. Betriebliche Standortpräferenzen	37
D. Kommunale Standortangebote	41
I. Gewerbegebietsentwicklung: Neuausweisung vs. Bestandsentwicklung	42
II. Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten	44
III. Nutzungskonflikte und Nutzungskonkurrenzen in Gewerbegebieten	46
IV. Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten	48
V. Vergabe von kommunalen Gewerbeflächen: Erbbaurecht vs. Verkauf	48
VI. Kriterienbasierte Vergabe von kommunalen Gewerbeflächen	50
VII. Spezielle Gewerbegebietsentwicklungen	51
E. Synthese	53
§ 3 Planung von gewerblichen Nutzungen	55
A. Grundlegendes zur Planung von gewerblichen Nutzungen	58
I. Vorlaufphase: Welche Entscheidungen wurden bereits getroffen? ...	59
II. Vorbereitung durch informelle Planung	69
B. Planungsphase: Planformen und Plantypen	70
I. Planformen	70

II. Plantypen	71
III. Planverfahren	74
C. Materielle Anforderungen	84
I. Erforderlichkeit der Planung	84
II. Anpassung an die Ziele der Raumordnung	85
III. Entwicklung aus den Darstellungen des Flächennutzungsplans	87
IV. Planungsziele und Planungsgrundsätze der Bauleitplanung	89
V. Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange	90
D. Planung gewerblicher Nutzungen durch Bauleitplanung	92
I. Bedeutung des Flächennutzungsplans für die Realisierung von gewerblichen Nutzungen	92
II. Bedeutung des Bebauungsplans für die Realisierung von gewerblichen Nutzungen	95
III. Flankierender Einsatz von städtebaulichen Verträgen	131
§ 4 Vorhabenbezogene Planung	133
A. Einführung	134
I. Vorhabenbezogene Planung als kooperatives Planungsinstrument	134
II. Thematische Einbindung	135
B. Grundlagen	135
I. Arten vorhabenbezogener Planung	135
II. Vor- und Nachteile des vorhaben- und des projektbezogenen Bebauungsplans	136
C. Einzelheiten zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan	138
I. Mögliche Vorhabenträger	138
II. Taugliche Gegenstände	141
III. Bestandteile	145
IV. Materiell-rechtliche Vorgaben	166
V. Planaufstellungsverfahren	167
VI. Nachträgliche Änderung des Vorhabens	170
VII. Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans	170
D. Besonderheiten beim projektbezogenen Bebauungsplan	171
I. Abwägungsgebot	171
II. Planrechtfertigung	173
III. Planung in Abschnitten	173
IV. Verfahrensschritte	174
V. Nachträgliche Änderung des Vorhabens	174
E. Novellierungsabsichten	174
§ 5 Überplanung bestehender Gewerbenutzungen – Gewerbebrachen ..	177
A. Einführung – Anlässe für Überplanungen	179
I. Anlässe und Ziele der Wiedernutzung von Gewerbebrachen	179
II. Aufhebung und Begrenzung bestehender Baurechte	179
III. Nachnutzung als Entwicklungschance im Spannungsfeld	180
IV. Gewerbe und Wohnen als Planungsgegenstand	180
V. Erstplanung und Überplanung	180
VI. Gesetzliche Planungsaufträge	181
B. Spannungsfeld aus Eigentumsrecht, Bodenschutz und Planungshoheit ..	181
I. Eigentumsrecht	181
II. Bodenschutz	182
III. Planungshoheit	183
IV. Unionsrecht	183

C. Interessenlagen und Akteure	184
I. Vorteile der Wieder-/Weiternutzung	184
II. Mögliche Interessengegensätze	185
D. Planungsziele und -aufgaben, Belange	186
I. Eigentum	186
II. Stadt der kurzen Wege, Urbanität heute, Übergangs- und Mischformen	186
III. Erhöhung der baulichen Dichte	188
IV. Klimaschutz und Klimaanpassung	189
V. Gemengelage	190
VI. Altlasten	192
VII. Einzelhandel	192
VIII. Logistik und Verteilzentren	193
IX. Umweltschutz	193
X. Besondere Planungsaufträge	193
XI. Ermittlungsgebot und Abwägung	194
XII. Bestandsfestsetzung	195
E. Typische Sonderfragen bei bestehenden Bebauungsplänen	195
I. Änderungspläne und Neuplanung	195
II. Schichtenpläne durch statische Verweisungen	196
III. Funktionslosigkeit von Altplänen	196
F. Verhinderungsplanung	197
I. Verbot der Verhinderungsplanung?	197
II. Zulässige und unzulässige Gründe	197
III. Anlass und Zeitpunkt einer Verhinderungsplanung	198
IV. Haftungsrisiken der Genehmigungsbehörde	199
V. Haftungsrisiken der planenden Gemeinde	200
VI. Abwägungsgesichtspunkte	201
G. Verfahrensfragen	202
I. Bebauungsplan der Innenentwicklung	202
II. Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren	203
III. Vorhabenbezogener Bebauungsplan	204
IV. Sektorielle Bebauungspläne nach § 9 Abs. 2a–d BauGB	204
H. Ergänzung von Infrastrukturen (E-Mobilität, Sensoren, 5G Netz)	205
I. Vertragswerk	205
I. Kostenübernahmevertrag	205
II. Städtebaulicher Vertrag – Planungsvertrag	206
III. Erschließungsvertrag	210
J. Gemeindlicher Eigentumserwerb und Vorkaufsrechte	211
I. Vorkaufsrechte	211
II. Sonderformen des Vorkaufsrechts	213
III. Zusammenschau	214
K. Städtebauliche Sanierung	214
L. Ermöglichung von Zwischennutzungen	215
M. Rechtsschutzfragen	216
N. Hinweise für die Praxis, Prüfaufträge, Check-Listen	217
I. Allgemeine Planungshinweise	217
II. Besondere Planungsanlässe	218
III. Checklisten	218
O. Ausblick	218
I. Urbanes Gebiet	218
II. Lärmschutz	218
III. Luftreinhaltung	220

IV. Klimaschutz und Klimaanpassung	220
V. Naturschutz	220
VI. Altlasten	220
§ 6 Klima- bzw. CO₂-Neutralität	223
A. Einführung	225
B. Rechtliche Grundlagen	226
C. Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten zur Förderung/Erreichung der Klima-/CO ₂ -Neutralität	227
I. Maßnahmen zur Förderung/Erreichung der Klima-/ CO ₂ -Neutralität	227
II. Kommunale Handlungsmöglichkeiten	252
D. Rechtsschutzfragen	274
I. Klimaschutzbelange in der Rechtsprechung	274
II. (Ein-)Klagbarkeit von Klimaschutzbelangen – Bedeutung des Ausschlusses subjektiver Rechte und (ein-)klagbarer Rechtspositionen in Klimaschutzgesetzen	275
III. Klagemöglichkeiten nach dem Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	276
IV. Rechtsschutz bei Klimabelangen als abwägungsbeachtliche Belange ..	278
V. Drittschutz bei klimaschützenden Festsetzungen	279
E. Beispiele aus der Praxis	280
I. Praxis-Beispiele für nachhaltige Gewerbegebietsentwicklungen	280
II. Praxis-Beispiele zum Einsatz erneuerbarer Energien	281
§ 7 Sonstige Umweltbelange bei der Planung von Gewerbegebieten	283
A. Umweltbelange als planerische Zielvorgabe	286
I. Adressaten und Akteure	287
II. Bauplanungsrecht als Instrument kommunaler Umweltpolitik	288
III. Reichweite der kommunalen Planungskompetenz	289
IV. Ziele und Belange des Umweltschutzes in der Bauleitplanung	290
B. Formelle Anforderungen (insbes. Umweltprüfung)	295
I. Überblick über umweltbezogene Anforderungen im Bebauungsplanverfahren	295
II. Umweltprüfung	295
III. Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung	307
C. Rücksichtnahme- und Trennungsgebot, Störfallschutz	307
I. Beachtlichkeit der Rücksichtnahme- und Trennungsgebote in der Bebauungsplanung	308
II. Trennungsgrundsatz und Schutz vor Heranrücken sensibler Nutzung	309
III. Modifikationsmöglichkeiten nach § 1 Abs. 4–10 BauNVO	311
IV. Eingeschränkte Gewerbegebiete	311
V. Insbesondere: Schutz vor Störfallrisiken	312
D. Klimaschutz	313
E. Immissionsschutz	314
I. Immissionsschutzrechtliche Vorgaben für die Planung von Gewerbe- und Industriegebieten	315
II. Lärmschutz	318
III. Luftreinhaltung	322
IV. Schutz vor Geruchsmissionen	326
V. Schutz vor Erschütterungen	328
VI. Schutz vor Lichtmissionen	329

F. Natur- und Artenschutzrecht	331
I. Eingriff in Natur und Landschaft	331
II. Festsetzungsmöglichkeiten im Bebauungsplan	335
III. Anforderungen des Natura 2000-Gebietsschutzes	336
IV. Anforderungen des Artenschutzes	337
V. Berücksichtigung von Waldumwandlung	338
G. Sonstige Umweltbelange	339
§ 8 Erschließung von Gewerbegebieten	343
A. Einführung: Bedeutung der Erschließung für die Standortqualität	344
B. Grundlagen	345
I. Begriff der Erschließung	345
II. Gesetzliche Aufgabenverteilung und Erschließungspflicht	345
III. Einschlägige Rechtsregime für den Bau und die Refinanzierung der Erschließung	347
C. Erschließungskonzept	348
I. Benötigte Fläche	348
II. Bau und Unterhaltung der Erschließungsanlage	349
III. Rechtliche Sicherung der Erschließung	349
IV. Refinanzierung der Erschließung	349
V. Klimaanpassung und Klimaschutz	350
D. Umsetzung des Erschließungskonzepts	350
I. Bebauungsplan	350
II. Städtebaulicher Vertrag	350
III. Umlegung	351
IV. Vorkaufsrecht	352
V. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme	352
E. Refinanzierung der Erschließungskosten	353
I. Erschließungs- und Kostenerstattungsvertrag	353
II. Folgelasten- und Folgekostenverträge	355
III. Beitragserhebung für leitungsgebundene Einrichtungen	356
IV. Beitragserhebung für die verkehrliche Erschließung	358
V. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme	363
F. Rechtliche Risiken und Rechtsschutzfragen	363
I. Risiken bei Erschließung durch die Gemeinde und Refinanzierung durch Beiträge	363
II. Risiken bei Abschluss eines Erschließungsvertrages	364
G. Checkliste Erschließungskonzept	364
H. Ausblick: Klimaschutz und ökologische Transformation bei der Wärmeerschließung	365
§ 9 Erhaltung und Sicherung bestehender gewerblicher Nutzungen	367
A. Einführung	368
I. „Erhaltung“ und „Sicherung“ des Gewerbegebiets, Problemlage	368
II. Problemaufriss und Erklärung der Relevanz der Thematik	368
B. Grundlagen der Erhaltung und Sicherung bestehender gewerblicher Nutzungen	369
I. Grundlagen zur Erhaltung gewerblicher Nutzungen im Gewerbegebiet	369
C. Rechtliche Darstellung anhand von Praxisbeispielen	375
I. Boardinghaus	375
II. Krematorium	377

III. Heranrückende Wohnbebauung an das Gewerbegebiet	378
IV. Heranrückende schutzbedürftige Nutzung innerhalb des Gewerbegebiets	379
V. Erweiterungsflächen des Gewerbebetriebs im Konflikt mit der Natur (geschützte Arten)	379
VI. Veränderung der Erschließungssituation	379
D. Rechtsschutzmöglichkeiten des Gewerbetreibenden	380
I. Normenkontrolle, § 47 VwGO	380
II. Nachbarklage/-widerspruch	380
§ 10 Ansiedlung von Betrieben	385
A. Einführung	387
B. Grundlagen	388
I. Aufsichtliche Zulassung von Vorhaben	388
II. Die Rolle der Gemeinde	388
C. Materielle Anforderungen an die Ansiedlung von Betrieben	389
I. Bauplanungsrecht	389
II. Besonderes Städtebaurecht	409
III. Bauordnungs- und Ortsrecht	410
IV. Umweltrecht	412
V. Denkmalschutzrecht	421
VI. Verkehrs- und Infrastrukturrecht	422
D. Genehmigungserfordernisse	423
I. Immissionsschutzrechtliche Genehmigung	423
II. Baugenehmigung	425
III. Naturschutzrechtliche Ausnahmen und Befreiungen	432
IV. Naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung	432
V. Weitere fachgesetzliche Genehmigungen und Erlaubnisse	432
VI. Umweltverträglichkeitsprüfung	434
E. Rechtsschutzfragen	435
I. Rechtsschutz des Bauherrn/Vorhabenträgers	435
II. Rechtsbehelfe Dritter	436
F. Hinweise für die Praxis	437
I. Planungsrechtliche Zulässigkeit, Befreiung, Planänderung	437
II. Abstimmung der Antragsunterlagen und frühzeitige Beteiligung	438
III. Abstimmung vor Genehmigungserteilung	438
§ 11 Grundfragen des Rechtsschutzes	439
A. Rechtswege	440
I. Verwaltungsgerichtsbarkeit	440
II. Zivilgerichtsbarkeit	440
III. Strafgerichtsbarkeit	440
IV. Finanzgerichtsbarkeit	440
V. Zivilgerichtsbarkeit kraft Sonderzuweisung	440
VI. Bundesverfassungsgericht	440
VII. Europäischer Gerichtshof	441
B. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz Privater	441
I. Normenkontrollantrag gegen Bauleitplan	441
II. Inzidentkontrolle von Bauleitplänen	443
III. Verbandsklagen	443
IV. Klage auf Aufstellung eines Bauleitplans	444
V. Klage auf Erteilung einer Erlaubnis/Genehmigung	444

VI. Klage gegen Eingriffsverfügungen	446
VII. Klage aus oder gegen städtebauliche Verträge(n)	447
C. Nachbarklagen	448
I. Defensive Nachbarklage	448
II. Offensive Nachbarklagen	449
III. Privatrechtlicher Nachbarschutz	449
D. Zivilrechtsweg kraft Sonderzuweisung	450
I. Sonderzuweisung	450
II. Amtshaftung	450
III. Entschädigung	451
IV. Baulandgerichte	452
V. Vergaberechtsstreitigkeiten	452
E. Rechtsschutz der Gemeinde	453
I. Eingrenzende Vorbemerkung	453
II. Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Verträge	453
III. Gemeindenachbarklage	454
IV. Rechtsschutz gegen Landes- und Raumplanung	454
V. Rechtsschutz gegen die Kommunalaufsicht	454
§ 12 Steuerrechtliche Aspekte	455
A. Einführung	456
B. Grundlagen des Steuerrechts	457
I. Begriff der Steuer	457
II. Steuerrecht als Teil der Rechtsordnung	459
C. Gewerbesteuerrecht	460
I. Die Gewerbesteuer im Steuersystem	461
II. Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	463
III. Steuergegenstand: Gewerbebetrieb	465
IV. Bemessungsgrundlage und Ermittlung der Steuer	473
V. Hebeberechtigte Gemeinde und Steuerschuldner	477
VI. Billigkeitsmaßnahmen	478
VII. Zusammenfassung	479
D. Grunderwerbsteuerrecht	480
I. Die Grunderwerbsteuer im Steuersystem	480
II. Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	481
III. Grundzüge des Grunderwerbsteuerrechts	481
E. Hinweise für die Praxis und Ausblick	483
Stichwortverzeichnis	485



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG